

Parteilichkeit der Presse

3 Transkripte von Vorträgen (1985 – 2013; z.T. gekürzt)

Und da ist sich jeder im Lande über eines ganz gewiss, jeder Journalist - man lernt es auch schon im Sozialkundeunterricht - weiß, dass Gleichschaltung und Staatspropaganda ungefähr das Gegenteil von Pressefreiheit ist. Es gibt für diese Meinung auch eindeutige Belege: bei uns gibt es schließlich eine Meinungsvielfalt, das sieht man schon an dem Blätterwald, der an jedem Kiosk zu besichtigen ist. Und außerdem ist es geradezu die berufsmäßige Aufgabe jedes Journalisten, eine ganz eigene Meinung zum politischen Geschehen zu haben und seiner Leserschaft mitzuteilen. Das Sonderbare an diesen Argumenten dagegen, dass Pressefreiheit dasselbe ist wie Staatspropaganda, das Eigentümliche an diesen beiden Argumenten, Meinungsvielfalt und eigene Meinung, besteht darin, dass der Inhalt von diesen vielen Meinungen, von den vielen und eigenen Meinungen, gar nicht betrachtet werden muss, um zu dem Urteil zu gelangen, dass hier keine Parteilichkeit für den Staat das eindeutige Prinzip der deutschen Presse ist. Viele Meinungen ist ja überhaupt kein Gegensatz dazu, dass die Meinungen ihrem Inhalt nach ziemlich gleich sein können, und dass sich ein Journalist eine eigene Meinung macht ist auch kein Gegensatz dazu, dass der Inhalt dieser Meinungen staatstreudoofer Senf ist.

Eines weiß man auch noch aus dem Sozialkundeunterricht, sehr wichtig ist für einen verantwortungsvollen Journalisten die Unterscheidung zwischen Nachrichten in seiner Zeitung vom Kommentar in seiner Zeitung. Es wird auch in fast allen Zeitungen der Form nach auseinandergehalten, da gibt es also extra Kommentarseiten, extra Nachrichtenseiten, manchmal werden die Kommentare anders gesetzt, also kursiv gesetzt und das andere normal. Jeder Journalist muss darauf aus sein diesen Unterschied zu machen zwischen Nachricht und Kommentierung dieser Nachricht. Und zwar heißt das Urteil, dass die Nachrichten die Sphäre ist, wo es um objektive Berichterstattung über Ereignisse geht, und die andere Abteilung Kommentierung, da kommen bloß die subjektiven Meinungen des Journalisten zu Wort. Die Unterscheidung gibt es sehr wohl, Nachrichten und Kommentierung, ich will aber zuerst die Behauptung beweisen, dass der Unterschied nicht der ist von objektiv zu subjektiv, sondern ganz ein anderer.

[Fallbeispiel]

In der Abteilung Nachrichten erfüllt die Presse dieselbe Funktion wie der Sprecher der Bundesregierung, da kommen maßgebliche Personen – und maßgeblich heißt: Leute, die mit Macht ausgestattet sind, Leute, die über andere entscheiden können – solche Leute kommen im Nachrichtenteil zu Wort, da werden ihre Beschlüsse verkündet und gleich die ideologische Deutung, die sie selbst mit diesen Beschlüssen verknüpfen, abgedruckt in Zitaten. Im Kommentarteil, den man ja als Journalist als bloß subjektiv tituliert, da werden freie Urteile gefällt über die Politik, allerdings in einer Form, die von vornherein den Charakter des Respekts gegenüber dem hat, was man da von den Politikern und über die aussagt. Soll also bloße Meinung sein und macht der Journalist selber, wenn er solche Urteile fällt, darauf aufmerksam, dass er keine Geltung damit beansprucht gegenüber denjenigen, die die Maßgeblichen sind, das ist die andere Abteilung. Der Zweck der Regierung wird allgemein geteilt von den Journalisten, der Leserschaft verständlich gemacht, und in ein nationales Weltbild eingeordnet. Der Leser hat davon den Nutzen, dass er sich in seiner intellektuellen Heimat, zu der jetzt eine Neuheit dazugekommen ist – die Spendenaktion war ja jetzt was Neues -, dass er in dieser intellektuellen Heimat jetzt wieder Ordnung geschaffen bekommen hat. So weit ist also der Ausgangsvorwurf:

Gleichschaltung und Propaganda gar nicht von der Wahrheit weg. Die Journalisten sind sich mit den Politikern untereinander ziemlich einig, und zwar eben in einer Propaganda für den Staat. Es gibt jedoch auch Unterschiede zu dem, was mit Gleichschaltung immer gemeint war. Gehen wir nochmal zurück auf den Zitate-Zettel: Der ganze Unterschied z.B. zwischen den Journalisten besteht darin, dass die Bild als Gesamturteil über die Spendenaktion gesagt hat: ein buntes Spektakel für einen guten Zweck, und dass SZ und Spiegel - diese intellektuellen Blätter - gesagt haben: ein zu buntes Spektakel, aber für einen guten Zweck. Das war der ganze Unterschied, den ich entdecken habe können, der ist der Sache nach sehr klein, aber für die demokratische Öffentlichkeit eben sehr wichtig. Es ist ein Geschmacksunterschied, der Sache nach ist man sich einig, man möchte die ganze Sache anders inszeniert haben. Und wegen diesen Geschmacksunterschieden, die es in der Zeitung gibt, und die überhaupt den Unterschied der Zeitungen ausmachen, die bedeuten für den normalen Leser und Bürger, dass er nicht einfach die Ansicht des Staatsratsvorsitzenden oder des Führers nachplappern muss, sondern dass er sich tatsächlich zu einer eigenen Meinung entscheiden kann, und zwar zu derjenigen Meinung, die seinem Geschmack, seinem ganz persönlichen Geschmack am liebsten ist. Wenn er diese Entscheidung für eine Meinung getroffen hat, dann hat er eine eigene Meinung. Und die Wucht, die diese Entscheidung hat, die kennt jeder, der mal einen Menschen mit einer eigenen Meinung kritisieren hat wollen. Da wird nämlich wie der Teufel darauf beharrt, dass man sich eine persönliche Meinung nie und nimmer nehmen lässt. Das ist der Erfolg dieses demokratischen Unterschieds, dass es verschiedene Meinungen gibt, dass sich jeder ganz persönlich zu einer solchen staatsstreuen Auffassung entschlossen hat. Und das ist ein Argument nicht gegen Gleichschaltung und Staatspropaganda, sondern für deren Effektivität.

Marxistische Gruppe, 1985

Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=v16ZN2Uh1nY>

Demokratische Öffentlichkeit & Meinungsfreiheit I - Margaret Wirth – 2006

Die trug ein T-Shirt, da stand vorne Deutschland drauf und hat sich drei bunte Streifen auf die Backe gemalt und ich kam ein bisschen ins Grübeln und habe mich gefragt, was hat denn Deutschland eigentlich für diese Kellnerin getan, dass sie jetzt meint, sie müsste sich zu ihm bekennen? Bisher hat die ja wohl Deutschland vor allen Dingen kennengelernt als unsichere Existenz in Sachen Lohn, schlechte Arbeitszeiten, Unklarheit wie es im Leben weitergeht, steigende Gesundheitskosten, abgespeckte Sozialleistungen. Das soll aber offenbar in der aktuellen Lage für die Beurteilung des Landes, in dem man lebt, überhaupt keine Rolle spielen, sondern ganz im Gegenteil, alle Welt fühlt sich bemüßigt einmal ein ganz unvoreingenommenes - zumindest behauptet es das von sich - Ja zu dem hiesigen Gemeinwesen zu sagen. Dieses Ja, was jetzt ja nicht so ganz spontan auf die Welt gekommen ist, sondern für das die Presse und die Regierung ja einiges zwei Monate lang getan hat, damit die Menschheit das dann auch begreift, dass sie sich so aufführen soll und das dann offenbar tut. Auch das übrigens meine ich ist durchaus eine Leistung der Presse.

Auch wenn ein Taxifahrer sich ein schwarz-rot-goldenes Fähnchen an sein Taxi hängt, ist das ein Stück Wahrnehmung von Meinungsfreiheit, allerdings in einer etwas entgegengesetzten Bedeutung dieses Sachverhalts wie man ihn normalerweise versteht, weil an sich wird ja das Recht auf Meinungsfreiheit als Recht auf Kritik gefeiert. Und Kritik wird ja nun gerade nicht geäußert, wenn man sagt: Hier geht es mir gut, hier will ich sein. Insofern ist es dann schon interessant sich mal zu überlegen wie das eigentlich zusammenpasst, dass auf der einen Seite die hiesige Gesellschaft, der hiesige Staat gefeiert wird als einer, der Meinungsfreiheit gewährt und garantiert, und gleichzeitig von diesem Recht in einer etwas eigentümlichen Art und Weise Gebrauch gemacht wird. Deswegen will ich am Anfang meines Vortrags ein paar grundsätzliche Ausführungen zu der Frage machen: Was ist Meinungsfreiheit überhaupt? Was kriegt man da eigentlich gewährleistet, wenn man seine Meinung frei äußern darf, was hat man eigentlich davon? Ich möchte dann im zweiten Hauptteil darauf eingehen wie Meinungsfreiheit und von wem vor allen Dingen die heutzutage hauptsächlich wahrgenommen wird, nämlich eben von der Presse, also von den Medien, die sich selber als die Hüter und Wahrer und maßgeblichen Betätiger dieser Freiheit verstehen und die ja auch hauptsächlich die Meinungen produzieren, die in dieser Gesellschaft dann vorrangig herrschen.

Meinungsfreiheit - das sollte man sich im Ausgangspunkt mal klarmachen, bevor man sich freut, dass man sie hat – ist erst einmal nichts, was jemand von sich aus braucht und haben will. Wer etwas meint, wer eine Auffassung über eine Sache hat, der will sie äußern, der will etwas Konkretes, Bestimmtes sagen, ein Interesse geltend machen, ein Urteil über eine Sache fällen, und zwar gegenüber anderen. Ein geäußertes Interesse, ein geäußertes Urteil zielt immer auf eine Reaktion von einem Gegenüber, auf eine Auseinandersetzung über das Urteil, über das Interesse; zielt also auch darauf, dass Unterschiede und Gegensätze klar werden, Gemeinsamkeiten herausgefunden oder auch hergestellt werden durch die Auseinandersetzung mit dem Inhalt der Meinung, die man da so von sich gibt. Überhaupt irgendetwas sagen dürfen, das will eben keiner von sich aus, sondern auf die Idee, dass man das wollen muss, kommt man erst aus einem anderen Grund. Und so ist es ja historisch auch gewesen, und so ist es übrigens auch in Staaten heutzutage, wo nach wie vor Leute darum kämpfen, sich dafür einsetzen, dass sowas bei ihnen gelten soll. Die Forderung nach Meinungsfreiheit ist immer eine Reaktion darauf, dass eine politische Gewalt, eine Herrschaft verbietet Meinungen zu äußern, dass sie zensiert, dass sie die Mitglieder ihrer Gesellschaft ganz grundsätzlich der Beurteilung unterwirft: Welche Meinungsäußerungen lässt sie zu, welche untersagt sie? - und genau

nicht eben jeden jedes sagen lässt, was er gerne möchte. Und dieses Interesse, etwas sagen zu dürfen - das habe ich eben schon in meiner Einleitung angedeutet - hat seinen Ausgangspunkt immer in einer Kritik der Verhältnisse, in denen man lebt. Das Recht von seiner Herrschaft einzufordern zu allem Ja sagen zu dürfen, das muss man wirklich nicht, weil das darf man in allen Gemeinwesen, das verbietet auch ein Diktator nicht, Hurra zu schreien, sondern das Verbot bezieht sich selbstverständlich nicht überhaupt auf Meinungen, sondern immer auf die konkreten Inhalte von Meinungen, die der jeweilige Herrscher halt gerade nicht haben will und in seiner Gesellschaft nicht dulden will. Und genau deswegen ist es überhaupt kein logischer Schluss aus der Tatsache, dass die Herrschaft die eigenen Urteile und Auffassungen und Interesse zensiert, von ihr zu fordern, dass sie das doch unterlassen soll. Man ist mit dieser Herrschaft, mit ihren Maßnahmen, mit ihren Zielen und Zwecken unzufrieden, und verlangt genau von dieser Höheren Gewalt das Recht doch an ihr Kritik üben zu dürfen. Und genau dieses Recht bekommt man dann auch – übrigens auch nicht sofort, wie man weiß hat das historisch ja auch einiges an Kämpfen gekostet, bis das dann in den modernen demokratischen Staaten durchgesetzt war, aber dort ist es durchgesetzt und da hat man dieses Recht. Und in welchem Umfang und welchem Ausmaß übrigens, das kann man dann im Einzelnen erfahren, wenn man dieses Recht auf freie Meinungsäußerung tatsächlich einmal praktisch gegen die Herrschaft betätigt. Was garantiert eigentlich der Staat, wenn er sagt – und das sagt ja unser, im Grundgesetz steht es drin -: Ich erlaube meinen Untertanen, meinen Bürgern ihre jeweiligen Meinungen frei zu sagen? - unterstellt also die Äußerung dieser Meinungen seiner Genehmigung. Wie man weiß, kann eine Sache, die genehmigt wird, auch verboten werden. Und insofern unterliegt das Recht auf Meinungsfreiheit immer und von Anfang an - nicht erst dann, wenn Politiker auf die Idee kommen, bestimmte Meinungsäußerungen unliebsam zu finden - dieser prinzipiellen Bedingung: Meinungen sind nur solange und nur soweit als Meinung toleriert und erlaubt wie sie sich auch tatsächlich als Meinung, als bloße Meinung betätigen. Alle Meinungen, alle Auffassungen, alle Urteile, und damit alle Interessen, die in diesen Urteilen zum Ausdruck kommen, sind *gleichberechtigt* ihre Position von sich zu geben und wenn das so ist, dann heißt das umgekehrt für die Interessen, die in diesen Meinungen geäußert werden, dass die ebenfalls *gleichgültig* sind. Und derjenige, der eine solche Meinung äußert, hat deswegen sofort auch die Auflage, die Wahrnehmung seines eigenen Rechts auf Meinungsäußerung allen anderen, die ganz gegensätzliche Meinungen und Interessen zum Ausdruck bringen, das Gleiche zuzugestehen. Das ist eine ziemlich harte Forderung, natürlich nicht dort, wo es um so Belanglosigkeiten geht wie die Farbe der Schlafzimmerwände oder das Wetter. Aber wenn es tatsächlich um die Frage geht, welche Interessen, welche Urteile über eine Sache, über das Positive oder Negative an ihr, über das Wünschenswerte oder das Nicht-Wünschenswerte an einer Maßnahme, welches soll denn gelten? Da ist allen Ernstes von den Bürgern verlangt, einerseits ein Urteil darüber zu haben, und andererseits dem Gegenüber zuzugestehen, dass dessen Urteil genauso gültig und genauso berechtigt ist wie das eigene, selbst dann, wenn diese Meinung dem Inhalt nach dem eigenen Interesse total widerspricht und dessen Wahrnehmung und Durchsetzung sogar verhindert. Verlangt ist in der Garantie der freien Meinungsäußerung, dass derjenige, der sein Urteil und sein Interesse als bloße Meinung äußert, es tatsächlich herunterbringt auf ein theoretisches Urteil über die Sache und dieses theoretische Urteil trennt von der Frage: Was folgt denn eigentlich aus diesem theoretischen Urteil für das, was ich tun will und für das, was ich will, das andere tun soll? Diese Frage: Was gilt denn eigentlich? Welches Interesse gilt denn wie weit? Welche Interessen, welche Absichten, welche Ziele dürfen sich durchsetzen und welche nicht? Diese Entscheidung behält die politische Herrschaft sich vor und das legt sie in Gesetzen fest. Und die Meinungen, die die Bürger zu diesen gesetzlichen Maßnahmen äußern dürfen, haben ausdrücklich den Auftrag politisch folgenlos zu sein. Das sieht man auch an der Gesetzgebung übrigens daran, dass jede

Meinung, die in sich – jedenfalls nach dem Urteil der politischen Gewalt, also der Justiz in diesem Fall – den Übergang enthält zu einer praktischen Tat aufzufordern, die nicht erlaubt ist, nicht mehr unter Meinungsfreiheit fällt. Es gibt die bekannten Paragraphen im Strafgesetzbuch, die da heißen: „Aufruf zu Gewalt“. Und diese Paragraphen sind deswegen interessant, weil sie gar nicht spezifizieren, welche Meinungen und Äußerungen hier gemeint sind, sondern prinzipiell unter Kuratel stellen, dass jemand, der eine Aufforderung erlässt, ein Interesse äußert und kundtut, dass er will, dass dieses Interesse auch gilt, und zwar gegen und jenseits der gegebenen Gesetzeslage, sich eines Verstoßes gegen das Prinzip der Meinungsfreiheit schuldig macht. Die Trennung des eigenen Interesses von der Frage der praktischen Umsetzung ist in der Gewährung der Meinungsfreiheit von Anfang an mit drin, und das heißt eben auch die Verpflichtung darauf, nur die Form der praktischen Umsetzung zu wählen, nur die in Angriff zu nehmen, die einem von oben gewährt sind, also: demonstrieren, eine Bürgerinitiative gründen, Leserbriefe an die Zeitung schreiben, wählen. Selbst Streiks sind nur sehr bedingt möglich und auch nicht immer fallen sie unter das, was als erlaubte Meinungsfreiheit gilt. Da behält es sich die politische Gewalt auch vor, ob sie es gelten lässt, dass hier bloß eine Demonstration eines Interesses stattfindet oder klagt tatsächlich einen Bruch in der Forderung nach prinzipieller Unterordnung unter die Gesetzeslage. Es ist also ein ziemlich bescheidener Standpunkt, den man einnimmt, wenn man sich freut, dass man wenigstens seine Meinung sagen darf. Bescheiden jedenfalls vom Standpunkt derjenigen oder von Leuten, die mit den hiesigen Verhältnissen unzufrieden sind, weil - wie gesagt - das Recht die Unzufriedenheit mit hiesigen Verhältnissen äußern zu dürfen mag ja eine notwendige Voraussetzung dafür zu sein, um überhaupt Leute dafür zu gewinnen sich diesem Standpunkt anzuschließen. Aber die Zielsetzung einer solchen Äußerung ist ja sicher nicht, jedenfalls im Ausgangspunkt nicht, die Entscheidung darüber, ob dieses Interesse denn jetzt gilt oder nicht wieder einer höheren Instanz zu überlassen, die das nach ganz anderen Gesichtspunkten entscheidet als man das vielleicht haben will oder selber tun würde. Es fragt sich also warum die politische Gewalt in demokratischen Staaten diese Meinungsfreiheit gewährt, was sie sich eigentlich von der Wahrnehmung dieser Meinungsfreiheit verspricht, was sie eigentlich will wie die Bürger ihre Unzufriedenheit äußern, damit sie eben nicht umschlägt in eine prinzipielle Kritik oder einen prinzipiellen Gegensatz zu den herrschenden, sozial eingerichteten Verkehrsformen und Verhältnissen. Dieser Frage will ich im Folgenden nachgehen, wie gesagt es ist ein kleiner Unterschied, ob man sich das Ganze vom Standpunkt derjenigen anschaut, die von staatlichen Maßnahmen betroffen sind und nach der Seite hin lauter Gründe für Kritik und Unzufriedenheit haben; oder ob man das von der Seite derjenigen betrachtet, die dieses Recht gewähren, und das nicht einfach deswegen tun, weil Untertanen das vor 150 Jahren irgendwann einmal verlangt haben, sondern selber eine politische Absicht, ein politisches Interesse mit der Gewährung von Meinungsfreiheit verfolgen.

<https://www.youtube.com/watch?v=qqUOd0Xo7g4>

Was die Nation im Winter 2013 interessiert und erregt - Textbausteine demokratischer Meinungsbildung

Die Überschrift „Was die Nation im Winter 2013 interessiert und erregt - Textbausteine demokratischer Meinungsbildung“ soll ausdrücken, dass am aktuellen Material der Zeitung, der letzten Tage, der letzten Wochen, etwas Prinzipielles deutlich gemacht werden soll, nämlich die Logik, der Stoff, die Art und Weise dessen, wie demokratische, öffentliche Meinungsbildung betrieben wird und was von deren Art und Weise der Aufbereitung von Nachrichten, von Ereignissen, von deren Kommentaren, von deren Fragestellungen, für die sie das Publikum klassenübergreifend und zielgruppenorientiert interessieren, eigentlich zu halten ist. Also in dieser Überschrift stecken die Hauptthesen des Vortrags, ich werde es auch an dem aktuellen Material durchziehen.

Das eine Stichwort heißt: „Was die Nation interessiert und erregt“. Und mit „Nation“ ist mehr gemeint als nur ein geografischer Ort, die Reichweite der Zeitung - wobei ich gleich vorwegschicken kann, Bild und Spiegel stehen für so etwas wie zwei Prototypen, Massenpresse und sog. seriöse, etwas intellektueller aufbereitete Presse mit Hintergrundberichterstattung. Man kann auf beide Seiten das durch andere Zeitungen ersetzen. Also auch die sollen in gewisser Weise für ein Prinzip der Ansprache stehen. Mit „Nation“ ist gemeint: die Schlagzeilen, also das, was ganz vorne steht in den Zeitungen, womit die Nachrichtensendungen aufgemacht werden, was dann auch die Talkshows der Nation angeht. Diese Schlagzeilen verdanken sich einer Auswahl aus der Fülle der Ereignisse unter einem ganz bestimmten Gesichtspunkt. Zum Tagesthema wird, was „uns“ alle angeht bzw. angehen sollte. Und dieser Adressat von Text und Bild ist ein ziemlich abstraktes Kollektiv. Ein Kollektiv von Lesern, die, wenn sie von allen Unterschieden zwischen sich absehen - also von allen Unterschieden, ob die Leute arm oder reich sind oder dem Mittelstand angehören, ob sie jung oder alt, ob sie Regierende oder Regierte, ob sie Gewählter oder Wähler sind - wenn sie von all diesen Unterschieden, manchmal vielleicht sogar Gegensätzen gegeneinander absehen, dann sind sie in einer Hinsicht gleich und das ist mit Nation gemeint. Als Deutsche, als Teil der deutschen Bevölkerung sollen sie sich gleichermaßen interessieren für alles, was ihnen aus der ganzen Fülle der Ereignisse als berichtenswert präsentiert wird. Und mit dieser Aufbereitung ist so etwas wie die Brille, durch die man die Welt betrachten soll, wie man auf die Welt hinsehen soll, immerzu gleich schon mitgeliefert. Die Leute werden mal explizit, mal implizit immerzu in der 1. Person Plural angesprochen: „Wir Deutsche“, „etwas, das uns angeht“. Da, wo es nicht so explizit daherkommt, ist es auch ein Sorgetitel auf sehr allgemeinem, abstraktem Niveau, dieses „Wir“ ist manchmal auch sehr vornehm eingekleidet in ein allgemeines Sorgeobjekt, um das man sich als aufgeklärter Zeitgenosse zu kümmern hat. Das heißt dann z.B. „die Wirtschaft“, „das Klima“, „der Weltfrieden“ usw. So viel erst einmal zur Erläuterung dessen, was mit nationaler Brille gemeint ist.

Die zweite Betonung, „was die Nation interessiert und erregt“, auch das ist durchaus wörtlich gemeint. „Interessiert und erregt“ ist ja viel mehr als: man ist von irgendetwas betroffen gemacht, entweder persönlich oder man leidet mit dem, was anderen widerfährt. Sondern mit „interessiert und erregt“ ist schon so etwas gemeint wie: Man wird nicht nur als jemand angesprochen, der das ganze Weltgeschehen passiv betrachtet und miterlebt, sondern auch und vor allem als jemand, der sich mit den verschiedenen Rollen, in denen er unterwegs ist – als Deutscher, als Arbeiter, als Wähler, als Steuerzahler – aktiv identifiziert. Man kennt es ja aus dem Zusammenschluss von der ersten und der zweiten Hälfte meiner Überschrift, diese Identifikation in diesem „Wir“, die da angesprochen wird, in dem Stichwort nationale Identität. Als Deutscher soll man die Dinge beurteilen, nicht einfach nur von seinem Interesse, sondern auch: Was heißt das für die Nation? Was heißt das, wie die Nation in der Konkurrenz der Staaten, in der Konkurrenz der Kapitale

abschneidet, wiederum für mich? usw. Man soll also gedanklich in diese Rollen, als die man so durch das Leben läuft - und das sind in der Regel nicht ausgesuchte, sondern zugewiesene und aufgenötigte Rollen -, gedanklich in sie hineinschlüpfen, sogar in seinen Gefühlshaushalt aufnehmen, also die ganze kleine und große Umwelt um sich herum gewohnheitsmäßig als Teil dieses ebenso realen wie eingebildeten „Wirs“ wahrnehmen und beurteilen. Dieses Grundmuster kennt eigentlich jeder, wer durch diese Brille guckt, kann zwar kaum noch zwischen seinen eigenen Siegen oder Niederlagen im Leben und denen „seiner“ Nation, „seines“ Unternehmens oder „seines“ Fußballvereines unterscheiden, aber selbstverständlich sind die da angesprochenen Gefühlsregungen wie „das gesunde Volksempfinden“, „die Wut des Steuerzahlers über Preis- und Steuererhöhungen“ oder auch „die Sorge um das Ansehen der Deutschen im Ausland“ keineswegs. Auf diese Perspektiven zur Betrachtung der Welt muss man erst einmal kommen und auf sowas kommt man gar nicht unbedingt von alleine. Dafür gibt es ja jeden Tag und kontinuierlich seit Jahrzehnten in dieser Republik ein Institut namens Freie Presse. Diese Freie Presse ist um eine solche nationale Bildung von Verstand und Gemüt bemüht und nimmt dieses patriotische „Wir“ täglich und wöchentlich bei der Hand und bildet es im doppelten Sinn, bildet es heraus und bildet es aus. Und zwar immer mit demselben Ziel und Ergebnis: zwischen den Interessen der Nation und ihrer Führer auf der einen Seite und meinem Interessen auf der anderen Seite soll irgendwie ein Gleichheitszeichen stehen.

Diese Leistung, die ich jetzt versucht habe in diesem einen Satz thesenmäßig vorwegzustellen, wird an tausenden, zehntausenden permanent wechselnden Themen durchexerziert, die auch wirklich ständig wechseln und jeder weiß, die Halbwertszeit von dem, woran an den Stammtischen, in den Kneipen, in der U-Bahn oder sonst wo diskutiert wird, ist sehr kurz. Und deswegen fällt der eine Teil des Vortrags auch immer neu aus, nämlich an den aktuellen Schlagzeilen, und daran will ich jeweils dann zeigen, was so das allgemeine Konstruktionsprinzip von demokratischer Meinungsbildung hierzulande ist. Die Behauptung ist also, die ganze Meinungsbildung setzt sich tatsächlich aus so etwas wie Textbausteinen zusammen, die längst vor einem Ereignis feststehen und dann immerzu schöpferisch auf das Tagesgeschehen angewendet werden. Vorfälle aus allen Bereichen des modernen Lebens von Geschäft und Gewalt kommen genauso vor wie Autounfälle, Familiendramen und in der Lokalabteilung, was ist womöglich dem Nachbarn passiert oder was hat das Unternehmen in meiner Nachbarschaft wieder für Schweinereien angestellt – alles ist prinzipiell offen dafür eine Nachricht wert zu sein und eine Diskussion anzustoßen. Alle Nachrichten werden aber nicht einfach nur als Fakten veröffentlicht, obwohl fast alles tatsächlich veröffentlicht wird und nicht verschwiegen, und von den Presseleuten auf ihre Eignung für eine Nachricht geprüft. Und das Prüfkriterium ist in zweiter Instanz die Botschaft, die Lehre, die sich aus dem Ereignis heraus- oder in es hineinlesen lässt. Um nur kurz einen Überblick über das ständige Kontinuum der Meinungsbildung zu geben, jedem ist es bekannt, jeder kann das auch durch andere Beispiele ersetzen, aber ich will es kurz andeuten, was auf jeden Fall berichtenswert ist. Die erste Abteilung oder eine Hauptabteilung, die unverzichtbar ist: Es gibt irgendwo eine Katastrophe, schon sind die Reporter vor Ort, und berichten darüber, und hinterher gibt es noch einen Kommentar in der Zeitung mit dazu. Wobei schon mal auffällig ist, was in der bürgerlichen Presse alles als Katastrophe gilt, da kommen gleichgültig nebeneinanderher ein Erdbeben, ein Tsunami, ein AKW-Unfall oder ein Börsencrash. Alles unter der Überschrift Katastrophe. Es kommen die großen Verbrechen vor, die Kapitalverbrechen, die sog. Dönermorde, die Amokläufe in den USA oder durch diesen Brejvik, die stets auf der Tagesordnung stehenden Familiendramen, die Fritzls und ihre Kollegen anderswo. Die Kriege des Westens in Mali z.B. oder von Assad in Syrien. Auch Kulturkriege, also so etwas wie das Mohammed-Video, der Streit darum, aber unter Kulturkriege zählt auch so etwas wie die

Champions League oder der European Song Contest oder sonst irgendwas. Natürlich aus dem Bereich der Wirtschaft, Massenentlassungen, wenn sie stattfinden, immer auch ein Thema vorne, das Werk von Bochum in Opel wird jetzt geschlossen, Thyssen-Krupp entlässt ein paar tausend Leute wegen Milliardenverlusten, die Schleckerinsolvenz. Das ist so die eine Seite. Genauso aber auch die kleinen Dinge des Lebens, wo man sagen muss, eigentlich besteht da die Nachricht bloß aus der Botschaft. Worin sie besteht, muss man noch sehen. Da denke ich an sowas wie Knut, also Eisenbärengeburten, und Selbstmorde, oder unglückliche Lottogewinner oder auch glückliche Lottogewinner – also unglückliche, die dann ihr ganzes Geld verschleudert haben oder ausgenommen worden sind. Das sind genauso Sachen wie in der Bild-Zeitung gibt es seit Jahren die ständige Rubrik „In & Out“, da kommt auch alles drin vor, unter einem einzigen Gesichtspunkt, dass die Leute darüber informiert werden, was ist in und was ist out, und offenbar scheint es auch wichtig zu sein, wird auf jeden Fall gerne gelesen. Also alles, was so in die Richtung Lifestyle geht.

Und ich benenne die Vielfalt nur unter einem Gesichtspunkt: Alles ist offenbar gleichermaßen geeignet dazu, dass du dir eine Meinung bildest. Das ist ja auch der Werbespruch der Bild-Zeitung „Bild Dir Deine Meinung!“, sehr verständlich doppeldeutig, ich will fragen: Was ist das eigentlich, so eine Meinung? Das ist ein ganz komisches Ding, auf den Stoff, also auf die Sache, über die da jeweils geredet wird, kommt es einerseits offenbar überhaupt nicht an - sonst könnte nicht dieses gleichgültige Nebeneinander von wichtigen und unwichtigen Ereignissen den Inhalt des Stoffs der Willensbildung ausmachen –, sondern Hauptsache derjenige, der es gelesen hat, kann über die Sache auch mitreden. Und jeder weiß, wenn man nicht mitreden kann, dann ist man out. Das mag an dem einen oder anderen Thema nicht schlimm sein, wenn es sich aber häuft, gilt man als jemand, der ungebildet ist. Und das erstreckt sich gleichermaßen auf so Sachen wie: Wo kommt eigentlich die Finanzkrise her? Worin besteht sie? Was ist eine Rating-Agentur? Wie die Frage: Wer hat eigentlich letztes Wochenende das Dschungelcamp gewonnen? - gleichermaßen Stoff für das, was als Bildung gilt. Und die Hauptschlagzeilen sind eben immer die Ereignisse, über die dann richtiggehend, leidenschaftlich pro und contra diskutiert wird und die Leute das erfüllen, dass sie nicht nur mit Nachrichten belabert werden, die sie nichts angehen, sondern dass sie zu allem eine ganz persönliche pro oder contra Meinung haben. Und auf diesen Inhalt kommt es offenbar schwer an, es geht beim Mitreden ums Mitdenken und ums Mitfühlen, also ums Mitfiebern vom Standpunkt der parteilichen Sorge um - das ist jetzt das entscheidende Possessivpronomen - „unser“ Gemeinwesen, mit dem man sich in irgendeiner Weise identifiziert. Und, letzter Punkt der Vorrede, darin sind die Bild-Zeitung - als die mit Abstand auflagenstärkste Tageszeitung Deutschlands - und auf der anderen Seite der Spiegel - das deutsche Nachrichtenmagazin, wie er sich nennt - genauso wie seine Online-Ausgabe - die eben auch das führende Internet-Nachrichtenblatt für die Leute ist, die ihre Infos aus dem Internet beziehen - darin, in dieser Logik, in diesen Textbausteinen sind sich die beiden sehr ähnlich. Vor jeder Differenz, die es natürlich gibt, sollte man schon die Gemeinsamkeit festhalten: Beide arbeiten, zwar mit unterschiedlicher Gewichtung, mit den gleichen Rubriken und mit denselben Textbausteinen. Sicherlich, der Spiegel und die Bild-Zeitung unterscheiden sich von den Themen und Schwerpunkten und der Machart der Aufbereitung. Die Titelgeschichten im Spiegel gelten mehr der Politik, der Wirtschaft, der Hochkultur, Zeitgeistthemen aus Psychologie und das, was in den Tageszeitungen Feuilleton heißt. Die Bild-Zeitung macht mehr auf mit eben dem berühmten Sex and Crime, mit Castingshows, mit Promi-News, und wenn Politik vorgestellt wird, dann meistens immer sehr personalisiert und die private Seite der Politik soll ja auch nicht zu kurz kommen, und meistens wird es dann alles in eins geschmissen und damit aufgemacht. Die Schnittmenge zwischen beiden ist also eine Meinungsbildung im Namen eines „Wir“, mit einem „Wir“ und für ein „Wir“, das sich über diese

Dauerberieselung in den Köpfen der Leute als praktisches Gefühl, als die Dauerbrille, die man gar nicht immer extra aufsetzen muss, durchsetzen soll.

[Fallbeispiel]

Konstruktive Kritik: Die Presse misst die Taten von Politik und Kapital an den Kriterien von Erfolg und Anstand

Die Berichterstattung über Mali, die ich mir mal als Prototyp herausgenommen habe, bringt das Prinzip aller Berichterstattung auf den Punkt wie man die Taten seiner Politiker, seiner Mächtigen, seiner Reichen im Land betrachten soll. Zufriedenheit stellt sich dann ein, wenn Politiker – und nach dem gleichen Muster auch Unternehmer – ihre Sache für den Standort Deutschland oder für die Weltgeltung der Nation gut machen. Und nach diesem Muster stellt sich umgekehrt Unzufriedenheit ein, wenn sie diese als selbstverständlich ausgegebenen, quasi heiligen Interessen von Kapital und Staat in den Sand setzen, vergeigen, nicht richtig mit Macht und Geld und Kapital anpacken. Dann lautet das Lob nicht, die haben ihre Sache gut gemacht, dann lautet der Tadel umgekehrt: Dann werden wir von lauter unfähigen Politiker, von lauter unfähigen Managern regiert und verwaltet und unsere Betriebe geführt, deswegen heißen sie „Missmanager“, wenn die ökonomische Konkurrenz nicht gewonnen wird. Und das ist richtiggehend ein Muster, mit dem die beiden Bereiche - von denen nun einmal das Leben der Leute maßgeblich bestimmt wird, nämlich Politik und Ökonomie - betrachtet, beredet und kritisch geprüft werden. Das sind die Konstruktionsprinzipien, von denen ich mir jetzt mal rausgenommen habe, sie tatsächlich jetzt mal nur an dieser einen Berichterstattung, dieser einen Hauptaffäre vorzuführen. Und ich mache noch ein letztes Kapitel dran: Worin besteht denn eigentlich das Konstruktionsprinzip? Alle Kommentare - ist die Behauptung - funktionieren ungefähr so wie das, was ich an Mali jetzt prototypisch vorgeführt habe. Die Schreiber der Presse messen die Taten von Politik und Kapital an den Kriterien von Erfolg und Anstand. Nach dieser Messlatte verteilt die Presse entweder Lob oder Tadel, und stellt lauter Fragen, die eigentlich rhetorische Fragen sind, wo umgekehrt die Antworten eigentlich entsprechend schon vorgegeben sind, zumindest die Antwortmöglichkeiten. Wenn die Presse die Herren des Landes über Macht und Geld die Frage stellt: Erreichen die, die handelnden Subjekte, ihre Ziele, für die sie ihre Belegschaften oder Bürger einspannen, oder versagen sie dabei? - und legt das ihren Lesern vor, dann ist man vergattert auf einen Standpunkt, wo gar nicht das eigene Interesse, die eigenen Bedürfnisse die Richtschnur des Beurteilens sind, sondern deren Interessen und Bedürfnisse. Anders ausgedrückt: Dieses Prinzip folgt dem Verfahren immanenter Kritik. Der Maßstab des Urteilens, wie ich eben schon gesagt habe, sind nicht die Interessen und Bedürfnisse oder die Folgen für die Betroffenen, sondern immerzu die Vorhaben und die Zwecke der wirklichen Subjekte dieses Lebens. Und das zerfällt interessanterweise in zwei Abteilungen: Die Taten der Herren von Macht und Geld werden sowohl an ihren wirklichen Zwecken gemessen als auch an welchen, die man sich über sie einbildet.

Messen an wirklichen Zwecken und an Idealen

Die erste Abteilung geht so: Machen die Kapitalisten den Gewinn? Erwirtschaftet der Standort Deutschland das Wachstum, das uns allen versprochen wurde? Gewinnt das Militär den Krieg, den es angefangen hat? Oder nehmen die Militärs das Maul zu voll? In beiden Fällen wird absolut distanz- und kritiklos parteilich für den Erfolg von Geschäft und Gewalt geurteilt. Das sind Urteile vom Standpunkt eines sehr abgeklärten Realismus: darum geht es nun einmal im Leben, davon ist man nun einmal abhängig, also muss man irgendwie auch dafür sein.

Die andere Abteilung, das Messen an den eingebildeten Zwecken geht ein bisschen anders, da wird immerzu an idealen, vorgestellten Zwecken gemessen, deswegen schwingt mal explizit, mal implizit ein „Eigentlich“ dabei mit. Dann wird gefragt, wenn mal wieder eine Massenentlassung stattfindet: Kommen die Unternehmer ihrem Beruf als Arbeitgeber eigentlich nach? Da gelten die Unternehmer schon nicht mehr bloß als welche, die Arbeit anwenden, wenn sie rentabel ist für ihren Gewinn, sondern da stellt man sich dieselben Unternehmer vor als Figuren, die in irgendeiner Sorte sozialer Fürsorgepflicht für die von ihnen Abhängigen stehen, nämlich, dass es ihre Aufgabe ist beim Gewinnemachen und mit dem Gewinnemachen auch immerzu Arbeitsplätze zu schaffen und den Lebensunterhalt der Leute zu sichern. Genauso, wenn es eine Rentenkürzung gibt oder andere Sozialstaatsmaßnahmen, dann fragt man: Sorgt der kapitalistische, bürgerliche Sozialstaat auch gut für seine Opfer? Auch da wird mit einer eingebildeten Fürsorgepflicht für das Wohlergehen, für die Volksgesundheit usw. argumentiert, ohne genauer zu prüfen worin und wozu der Sozialstaat sich eigentlich um die Gesundheit seiner Leute kümmert, die ja zugleich immerzu rentabel angewendet und vernutzt werden sollen. Das gleiche Muster angewendet auf alle Kriege, die von hierzulande geführt werden, da nimmt man Maß an den Sprachregelungen, die nicht erst seit Afghanistan unterwegs sind. Ihr kennt diese Sprachregelung, es sagt heute kaum noch einer Krieg, das heißt friedenserhaltene Maßnahme, eben für diese Stabilität usw. Es wird Maß genommen an den Sprachregelungen, die die Kriegsherren selber ausgeben: Wird dieser Krieg wirklich wie angegeben für die fliehenden Kosovaren, für die Witwen und Waisen, für die Menschenrechte, für den Brunnenbau geführt? Oder – die kritische Variante davon – doch bloß für weniger edle Motive wie für Öl, für Macht, für Einfluss, für eine Hemisphäre? Auch da also, wo etwas distanzierter und kritischer geurteilt wird, betätigt man sich immer noch sehr befangen und wird parteilich in den Verheißungen von Marktwirtschaft und Demokratie. Die wollen sich ja gerade daran messen lassen, dass wenn sie Krieg führen, es nicht einfach Gewalt und böse ist, sondern immerzu für einen guten Zweck, und der reicht vom Leben-Retten der eigenen Bürger, von der Verteidigung über den Schutz vor irgendwelchen Fremdherrschaften bis hin zu so etwas, dass Krieg für Menschenrechte oder sonstige humanitäre Ideale geführt wird. Das sind lauter Urteile vom Standpunkt eines sehr modernen und aufgeklärten Idealismus, der immerzu von dem Idealismus lebt: Darum müsste es eigentlich beim Kriegführen, beim Geschäftemachen gehen. Immerzu wird also die Frage gestellt: Nützt oder schadet das Handeln der Herrschenden – wem eigentlich? - der Nation? Und unter Nation soll man sich genau das vorstellen, was eingangs gesagt war, darunter passen alle Beteiligten an dieser Nation; und diejenigen, die die Objekte dieser Geschäfts- und Regierungsprinzipien sind, sollen sich mit denen identifizieren, in eins setzen und denen viel Erfolg wünschen, die das Sagen über sie haben. So findet bei jeder Nachricht und erst recht in jedem Kommentar diese verkehrte Übersetzung von Nation in ein Gemeinschaftsanliegen statt, in dem irgendwie die Zwecke aller untergebracht sein soll.

Und das ist der Schlüssel, mit dem die Tür für die andere Seite des Messens aufgeschlossen wird, nämlich dem, was ich moralische Kritik nennen will. Dann wird eben nicht nur gefragt: Erreichen die ihre Zwecke? - mit denen man sich identifiziert, von denen man sich etwas verspricht -, sondern es wird auch noch gefragt: Entsprechen die Macher, entsprechen die da oben dem Bild, dem sie verpflichtet sind, oder verstoßen sie gegen die heiligen Werte von Freiheit und Demokratie und dem guten Bild, das man sich davon machen soll? Das Verfahren kennt ihr aus allen Geschichten. Wenn sog. Kriegsverbrechen begangen werden, wenn es Verstöße gegen den Kodex gibt, der beim Töten und Getötetwerden für die eigene Nation gilt oder gelten soll, also diese Affären, wenn mit Guantánamo, Abu Ghraib nicht umsonst immer bei fremden befreundeten Nationen eine Kritik geübt wird, die nicht nur auf dem Standpunkt steht: Natürlich wünschen wir den Amis alles Gute, wenn sie für das gesamte westliche Lager und das

Freiheitslager, die Nato, das zivilisierte Abendland, wie die Begriffe da alle heißen, gegen den Irak, gegen die Taliban, gegen den Iran usw. vorgehen. Und auf dieser Basis der Parteilichkeit dafür wird man unzufrieden damit, dass jeder Merker, dass es – worum denn auch sonst? - auch bei diesem Krieg um nichts anderes geht als das Produzieren von nützlichen Opfern für die weltpolitischen Ansprüche der eigenen Nation und dass die entsprechende Rücksichtslosigkeit gegen die Menschen, die in feindlichen Uniformen unterwegs sind, dazugehört, so etwas hinkriegt wie: Guantanamo, das wirft aber ein ganz schlechtes Licht auf das schöne Bild, das wir uns von diesem Krieg, wenn er von „uns“, für „uns“, für den Westen geführt wird, eigentlich werfen sollte. So wird Unzufriedenheit, Kritik in Parteilichkeit zurückübersetzt und mündet deswegen in letzter Instanz in dem Gipfel demokratischer Meinungsbildung, mit der sie dann auch fertig ist. Jede Kritik an den Verantwortungsträgern ist deswegen auch immer hemmungslos konstruktive Kritik. Wenn sie eine Sache schlecht machen oder man meint irgendeine Niederlage der Nation kommt daher, dass einer seine Sache schlecht gemacht hat - so wie es ja eine gängige Kritik war an Hitler, dass, wenn man schon einen Krieg anfängt, man ihn dann wenigstens auch gewinnen sollte. Dieses Muster ist heutzutage ganz genauso erhalten, wenn einer seine Sache schlecht macht, dann wird er aufgefordert dazu sie besser zu machen, und wenn er sie nicht besser machen kann – also ein Unternehmer oder ein Manager oder ein Staatsmann -, dann sehnt sich die Öffentlichkeit und ihre Anwälte danach, dass sie durch Figuren ersetzt werden, die dasselbe für die Nation, für den Kapitalismus besser hinkriegen. Also jede Kritik mündet in die Aufforderung dazu, wer es besser machen könnte und wie man es besser machen könnte.

Fazit

Das ist das Prinzip konstruktiver Kritik, und das ist nicht nur ein Verfahren, was theoretisch von dem Ausgangspunkt der Kritik meilenweit entfernt ist, sondern auch in eine positive Einstellung zu allem, was in der Nation passiert, führt. Das will ich jetzt zum Abschluss nochmal soz. als Fazit benennen. Es ist eine doppelte Leistung dieser Sorte Kritik. Es wirbt einerseits für die Perspektive der Abhängigkeit, die sich letztlich auszuzahlen habe. Als Betroffene soll man nie fragen, was und warum die Verantwortungsträger, von deren Taten man abhängt, tun, sondern ob sie ihre Sache gut machen. Eine Ahnung zu haben, dass die meisten der Leser bloßes Material dieser sog. Sachzwänge sind, die sie exekutieren, wäre da ganz fehl am Platz und würde diese Einbildung der Vorstellung lohnender Abhängigkeit eigentlich nur stören. Und es wirbt damit umgekehrt zugleich für die Einbildung einer Gemeinschaftlichkeit, darum sollen die Tagesereignisse nicht vom Standpunkt des Interesses, meines Interesses, des Interesses eines Ich, sondern als Teil dieses ganz fiktiven „Wir“ beurteilt werden. Man soll für das Gelingen dieser Sache, die als die selbstverständlichste Geschichte der Welt unterstellt ist, Partei ergreifen. Das Bewusstsein, dass es diese Gemeinschaftlichkeit gar nicht gibt, und an manchen Stellen vielleicht die Wahrheit eher ein unversöhnlicher Gegensatz zwischen Volk und Führung, zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wäre, auch dieses Bewusstsein, überhaupt nur eine Erinnerung daran, würde dieses locker Flockige, immer im Namen dieser 1. Person Plural zu urteilen, auch nur stören. Und das trifft wiederum für beide Zeitungen, für die Bild-Zeitung wie für den Spiegel zu. Die schönste Form der Parteilichkeit ist nicht oder zumindest nicht nur das, was man als Hurra-Patriotismus bezeichnet. Das sind so die Feiertage einer Nation, die gehören natürlich dazu. Also bei der Wiedervereinigung, beim Anschluss der DDR an Westdeutschland und die Vereinigung zu Gesamtdeutschland mit einem größeren Volk usw. war die Bild-Zeitung vier Wochen lang schwarz-rot-gold umrahmt, um dieses Gefühl für alle auch noch visuell sichtbar zu machen und das anzusprechen. Und es gibt immer mal wieder, und auch nicht nur bei Länderspielen der Fußballnationalmannschaft, sondern eben auch, weil es ja zur Normalität dazugehören

soll, bei etwas heftigeren Sorten der Konkurrenz, eben auch beim Krieg wie jetzt gezeigt, die Aufforderung: Nun gewinnt mal schön! Aber die schönere oder zumindest genauso schöne Form der Feier der Nation ist das permanente Leiden an ihrer Unzulänglichkeit, ist deswegen das permanente Ausüben von Kritik, wie sie gerade der Spiegel zur Methode und zum Prinzip gemacht hat. Vom Standpunkt eines abgrundtief enttäuschten Rechts der Nation auf Erfolg, ist es die schönste Form von Vaterlandsliebe, ein ewiges Gefühl der Unzufriedenheit mit den Herren zu haben, die einen regieren. Ich möchte nicht wissen über wie viel Politiker in Deutschland der Spiegel schon Artikel geschrieben hat, die einzig und allein von der Warte leben: Der oder die kann es nicht. Das Leiden von Flaschen regiert zu werden, die es entweder nicht schaffen ihre Partei zu einem Wahlsieg oder Deutschland wieder zu einer gescheiterten Weltmacht oder zu einem dauerhaften Exportweltmeister zu führen. Und das Leiden an Politikern, dies die andere Abteilung, die dem Bild nicht entsprechen, auch die entsprechenden Vorzeige-Politiker, Aushängeschilder, Repräsentanten des deutschen Rechts auf Erfolg qua der eigenen Persönlichkeit, qua der eigenen Führungsfähigkeit zu sein. Nach diesem Muster hat der Spiegel, und darin ist dieses Blatt so etwas wie eine Vierte Gewalt, es tatsächlich geschafft über Wohl und Wehe von Karrieren, von Politikern zu entscheiden, wenn sich dieses Urteil durchgesetzt hat, dass man eigentlich von unwürdigen Führern geführt wird, und die Waffe der Demontage von solchen Leuten ist auch von den letzten Affären allemal bekannt. Dann hat man das noch mit beieinander: Gemessen werden die Politiker genauso wie Wirtschaftsgrößen nicht nur an ihrem Erfolg von der Sache, die sie da betreiben, sondern eben auch in dem Bild, das sie dabei abgeben. Ob es auch den entsprechenden Glanz verbreitet, der dieser Nation und ihren Führer gebührt und in deren Licht sich alle Untergebenen spiegeln sollen, und wohl fühlen oder unwohl fühlen sollen mit ihren Repräsentanten. Das sind - also wenn man sagt die Textbausteine und ermittelt darin die Logik -, das sind die sog. Werkzeuge des Argumentierens, mit denen die Presse in beiden Abteilungen, Massenpresse wie Elitepresse, operiert – und die wollte ich jetzt für das erste Mal schlecht gemacht haben.

Freie Journalisten: Nationalistische Überzeugungstäter, die bereitwillig die staatliche Aufgabe der geistigen Betreuung des Volks übernehmen

Publikum: Ich wollte nochmal fragen, ich finde, das ist schwierig zu beurteilen, was für konkrete Interessen Leute, die beim Axel Springer-Verlag ganz oben sitzen, also was für konkrete Interessen die Menschen da verfolgen, dass sie eine Politik rechtfertigen, dass sie eben das System erhalten. Weil die konkreten Interessen können ja erst einmal nur kurzfristige monetäre Interessen sein, andere sehe ich nicht, die die Leute dazu bringt, die Politik zu rechtfertigen. Ich weiß jetzt nicht genau, was der konkrete Profit davon ist. Gewissermaßen profitieren die Vorstandsvorsitzenden vom Axel Springer-Verlag davon, wenn eine Politik weitergeführt werden kann, aber es sind ja letztlich nur kurzfristige monetäre Interesse. Ich frage mich dann, ob das nur aus Eigennutz passiert.

Das Stichwort, das sind Parteigänger für die deutsche Sache, geht schon in die richtige Richtung. Wenn es nur so wäre wie du sagst – und du scheinst ja auch Zweifel zu haben, ob das eigentlich alles ist -, dass die wegen kurzfristiger monetärer Interessen einen Verlag gründen, um mit dem Bedrucken von Papier, das dann auch gekauft wird, Geld zu verdienen. Wenn es das bloß wäre, das wäre schön. Dann würde ja z.B. heißen – also das Problem wäre damit noch nicht erledigt - den Leuten ist es eigentlich egal, was sie schreiben, Hauptsache es bringt Geld. Dagegen möchte ich schon halten – vielleicht ist es noch nicht so deutlich rausgekommen -, das sind Überzeugungstäter. Und zu dieser Überzeugung möchte ich aber schon das hinzufügen, und deswegen würde ich dein Argument auf die Füße stellen: Wie auch immer die persönliche Motivation eines

Aufsichtsratsvorsitzenden oder eines Chefredakteurs von solchen Blättern ist, die Existenz dieser Blätter verdankt sich einem staatlichen Bedürfnis, wofür dieser seine Freie Presse einrichtet; es verdankt sich auch dem, dass er dieses Bedürfnis, dass auch Zeitungen eine Ware sind, aus der man Geld machen kann wie jedes andere Produkt, einen Grund darin hat, dass die Bewusstseinspflege des Volks in all seinen sozialen Abteilungen eine Notwendigkeit dessen ist, dass die Leute alles, wobei sie mitmachen sollen, nicht nur zähneknirschend und widerwillig, sondern aus eigener Überzeugung, aus eigener Parteilichkeit mitmachen. Also dieses Ding, auf dem ich jetzt immer nur herumgeritten bin: die Leute sollen sich geistig und gefühlsmäßig identifizieren mit ihrer Nation, mit ihrem Betrieb. Sie sollen nicht sagen: Ich bin der schlechtverdienende Fließbandarbeiter bei Opel, sondern die Leute sollen selbst dann, wenn Opel auf ihre Dienste verzichtet, sagen: Wir Opelaner werden jetzt von egoistischen Managern, die eigentlich gar keine Opelaner so richtig sind, rausgeschmissen – das ist auf diesem Feld die gleiche Logik wie der Irrsinn, der darin besteht, wenn einer sich unter allen Lebensumständen, egal ob es ihm gut geht oder schlecht geht, in guten und in schlechten Zeiten zu seiner Nation hält als wäre sie sein einziges und alternativloses Lebensmittel. Und weil das nicht die Wahrheit ist und für die Mehrheit der Bevölkerung nie eintritt, deswegen muss dauernd das falsche Bewusstsein gepflegt werden, dass zwischen Nationen und den Leuten, dass zwischen dem Kapital und den Arbeitern nicht ein Gegensatz existiert, sondern so etwas wie zumindest im Prinzip vorhandene Identität, Gemeinschaftlichkeit von Interessen. Das wäre meine Antwort auf die Frage: Warum muss denn das Bewusstsein der Leute permanent betreut, gesteuert, gepflegt werden? Sie müssen tagtäglich mit lauter neuen, falschen Gründen versorgt werden, warum es in Ordnung ist, dass sie einem Laden die Daumen drücken, wo die Identität zwischen dessen Erfolgen und den eigenen Erfolgen manchmal überhaupt nicht zu sehen ist, manchmal nur über unglaubliche Umwege zu entdecken, wenn man sich nämlich eben so etwas zurechtreimt wie: In Afghanistan wird auch mein Interesse, in der Aufrüstung gegen die Russen, war früher das Beispiel, wird auch meine Zahnbürste und auch mein Häuschen gegen die Kommunismus verteidigt usw. Und dass die Freie Presse ein Institut ist, das zum bürgerlichen Staat dazugehört und notwendig dazugehört, mit dieser Aufgabe dazugehört, das sollte eigentlich gesagt werden, dass ist ihre Aufgabe, der sie sich auch wieder sehr bereitwillig annehmen. Da würde ich sogar sagen, da hilft es dem durchaus auf die Sprünge, wenn man mit dem Aufschreiben, dem Drucken und dem Verkaufen von lauter falschen, parteilichen Argumenten für diese Nation auch noch reich werden kann und Geld verdienen kann, so dass es tatsächlich so ist, dass man Zeitungen genauso gut verkaufen kann und zum alltäglichen Leben der Leute dazugehören wie essen, trinken, wohnen und in Urlaub fahren. Dass sie eben einen bestimmten Teil ihres Lohns, ihres Einkommens auch dafür ausgeben, dass sie sich informieren, bilden, unterhalten lassen wollen und geeignet sind am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen als Leute, die über alle großen und kleinen Affären dieser Nation eine Meinung haben. Die sogar so frei sind, das zu nutzen, was hierzulande im Unterschied zu Diktaturen erlaubt ist. Du darfst hier deine Herrscher kritisieren, aber nach einem eindeutigen Maßstab – das war vorher das zu sagen. Nämlich das zu sagen: Du machst deine Sache nicht gut. Du bist ein unwürdiger Repräsentant meiner Nation. Und dann fühlen sich Leute, aber nur auf der Basis, dass diese Willensbildung gelungen ist: ich fühle mich als Deutschland, schämen sich deutsche Bürger aller Klassen für ihre Repräsentanten, wenn sie irgendetwas nicht gut machen, wenn sie auf dem roten Teppich stolpern oder wenn sie ein Werk schließen oder wenn sie einen Krieg verlieren. Und deswegen würde ich schon in dem Sinne das unterstützen und sagen: die schreiben nicht irgendetwas für Geld, sondern sie schreiben haargenau das, was sie für nötig halten, das Volk darin auszubilden, dass es sich so parteilich die Sorgen seiner Nation macht, den Kopf seiner Herren zerbricht. Das sind mündige Bürger.

Publikum: Ich tue mich wirklich schwer, dass jemand, der an der Spitze von so einem großen Konzern steht - also ich habe mir auch öfter Diskussionsrunden mit solchen Leuten angeguckt, und die wirken auf mich wie intelligente, intellektuelle, aufgeklärte Menschen - da kann ich nicht verstehen wie jemand ideologisch hinter so einem starken Nationalismus vor dem Hintergrund der Geschichte stehen kann. Wie jemand dann solche Ideologien noch vertreten kann, gerade rassistische Ideologien. Das geht mir irgendwie fremd, deswegen frage ich mich dann, was sind dann die Beweggründe für diese Leute dahin zu kommen? - vielleicht auch das Gefühl die Macht ausüben zu können, die sie in diesen Positionen ausüben können?

Ich glaube ihr denkt so: Obwohl sie so klug und gebildet sind, und sich auch tatsächlich als Auslandskorrespondenten mit Mali beschäftigen oder sowas, reden sie öffentlich ganz anders daher, soz. wider besseres Wissen, sie missbrauchen den Verstand, den sie haben. Und mein Stichwort mit dem Nationalismus sollte sagen, sie gebrauchen ihren Verstand. Das ist natürlich häufig gegen jedes andere Urteil oder menschliche Regung, was ich an Mali so deutlich machen wollte. Darauf musst du erst einmal kommen, einem verhungerten Schwarzen zu sagen, dass – zwar nicht direkt ins Gesicht zu sagen, aber dem eigenen Volk zu sagen – deren Hunger eigentlich ein einziges Problem für „uns“ ist. Das ist die Verschiebung, das ist irrsinnig, das ist gegen jeden normalen Menschenverstand. Und trotzdem würde ich nicht sagen, das sind Leute, die erzählen wider besseres Wissen falsche Sachen und Unsinn und Lügen oder sonst irgendwas. Sondern weil sie selber Leute sind, die Überzeugungstäter sind, es sind Leute, die haben gelernt, den Widerspruch zu praktizieren, deutsch zu denken, und nicht als Mensch mit Interessen und Absichten usw. zu argumentieren. Deswegen würde ich im Prinzip schon daran festhalten, dass die Antwort auf dem Feld zu finden ist, wo man sagt: Was haben die denn eigentlich für ein Interesse daran, dass nicht nur sie, sondern auch der Rest der Menschheit, den sie erreichen mit ihren Zeitungen, so denkt? Daran haben sie ein Interesse, dass ihre Leser ungefähr genau den gleichen Gedanken folgen wie das, womit sie ihre Zeitungen vollschreiben und ihnen da anleiten wollen. Wenn es so wäre, dass es nur um dieses Karriere, Geld usw. geht, dann wäre die Sache doch zumindest einfacher zu regeln, dann würde man sagen: Hier habt ihr eine Million, haltet die Klappe. Und wenn es ihnen nur ums Geld ginge, wären sie vielleicht sogar so korrupt, das anzunehmen. Gut, das hat den Haken, dass keiner von uns eine Million hat, um ihnen dieses Angabe zu machen, aber ich würde einfach sagen, wenn du an die alten Geschichten erinnerst, vielleicht nicht an die modernen, Axel Springer, Rudolf Augstein, also die Gründungsväter dieser Sorte Zeitungslandschaft. Die haben – und zwar nicht wider besseres Wissen – sich bekannt dazu, dass sie einen demokratischen Auftrag in der neuen Republik haben, das Volk zu bilden, das Volk nicht einfach zu nehmen als: das sind wieder diejenigen, die jetzt den neuen Führern hinterherrennen, sondern sich an der schwierigen Aufgabe zu beteiligen und zu prüfen, dass die neuen Führer der BRD die Gefolgschaft ihres Volkes tatsächlich auch verdient haben. Weil es ist ja nicht mehr Faschismus, sondern Demokratie; weil es ist immerhin Freiheit und nicht der Kommunismus. Deswegen stand glaube ich früher in der Bild-Zeitung immer das Motto des Springer-Verlags: „Die Einheit des Vaterlandes in Freiheit – das ist unser Auftrag“, also bis zur Wiedervereinigung stand jeden Tag in der Bild-Zeitung drin, dass die Bild-Zeitung möchte, dass diese unvollständige westdeutsche Nation ergänzt wird durch die Befreiung unserer Brüder und Schwestern im Osten. Das war ein Moment, wofür die Bild-Zeitung, der Axel Springer sie verwendet hat und es war sicherlich auch ein Motiv, er war eben ein gesamtdeutscher Nationalist, er war bekennender Antikommunist. Der Augstein hat seinen Spiegel „Sturmgeschütz der Demokratie“ genannt, Sturmgeschütz der Demokratie auf die Köpfe der Leute, dass er sagt: Ich will gebildete Leute in einem eindeutigen Sinne.

Publikum: Also ich kann nicht ganz nachvollziehen, wieso so ein Nationalismus vertreten werden muss? Ich kann mir nicht vorstellen, dass jemand an die Spitze vom Axel Springer-Verlag geht, um seine eigene Meinung zu verbreiten. Ich glaube jemand, der das Bedürfnis hat seine Meinung zu verteilen, der versucht sich in der Politik, versucht irgendwie seine Meinung anders unters Volk zu bringen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass jemand rein aus Idealismus, um seine Meinung zu verbreiten, eben so einen Nationalismus fördert oder Politik rechtfertigt.

Die Medien bilden mündige Staatsbürger

Da sind Journalisten manchmal richtig kritisch gegen ihr eigenes Volk und sagen: mit einem solchen Volk kann man keinen Staat machen. Das gibt es ja durchaus als Reflexion gerade der intellektuelleren Blätter, wenn sie mal ein Editorial schreiben oder begründen, warum ihre Willensbildung so wichtig ist, dann kommen sie ja mit sowas. Und der Überzeugung sind sie sicherlich, die agieren nicht in dem Bewusstsein: Wir erzählen den Bürgern den größten Scheiß, Hauptsache sie machen mit. Warum heißen sie Medien? - weil sie das Medium, die Vermittler sind zwischen den Fakten, die die Herrschenden schaffen, und dem Bewusstsein der Leute, dass es gute Gründe dafür gibt, dabei zumindest im Prinzip mitzumachen. Dieser Aufgabe widmet sich die Medien, sage ich jetzt mal objektiv. Da sind mir die einzelnen subjektiven Motive von denen egal. Vielleicht gibt es auch welche, die einfach sagen: Zumindest eine Spitzenposition in einem Spitzenmedienkonzern, da kann man auch ordentlich Geld verdienen. Vielleicht ist es ja bei einigen sogar das Motiv, aber darin geht es definitiv nicht auf, sondern jedem Artikel ist anzumerken, dass sie sich soz. wie geistige Volkserzieher aufstellen und rund um die Uhr die Leute mit guten Gründen ausstatten wollen dafür, warum das wie es hierzulande zugeht im Prinzip in Ordnung geht, und weil es im Prinzip in Ordnung geht, bei den Bürgern die geistige Einstellung - die Produktivkraft offenbar für diese Gesellschaft hat - erzeugen wollen, dass sie nicht nur die nützlichen Idioten ihrer Herren sind, sondern dass, wenn sie die nützlichen Idioten ihrer Herren sind, so etwas wie mündige Bürger sind, die auch ein Recht darauf haben, dass sie an den Erfolgen der Wirtschaft und des Staates beteiligt werden. Ein Mitspracherecht haben. Also das ist nicht nur so eine Floskel, wenn ich vorhin gesagt habe: Das ist eine Produktivkraft, dass es in der Demokratie eine Vierte Gewalt gibt, an der die Bürger sich auch beteiligen können. Die jetzt sogar soweit gediehen ist, dass mit dem Internet und den Social Networks, die es gibt, jeder sein eigener Meinungsmacher und Journalist sein kann und die Leute Blogs vollschreiben, die ungefähr nach dem gleichen Konstruktionsprinzip funktionieren. Sondern da ist schon sowas zu sehen – das war mein Hinweis auf deine erste Überlegung hin -: es gibt auch sowas wie eine dauernde Notwendigkeit, dass die Leute an jedem neuen Fall auf den Stand gebracht werden sollen, warum es jetzt auch an diesem Fall wieder im Prinzip in Ordnung geht, was Deutschland unternimmt. Dann sollen sich die Bürger tatsächlich zu allen Taten, die von oben beschlossen werden, eine eigene Meinung bilden und sich daran beteiligen und sich richtig leidenschaftlich einkaufen. Und da muss man sagen, ein Führer, ein Staat, eine Nation, die über ein solches Volk verfügt, verfügt nicht nur einfach über Knechte, die dauernd im Zweifelsfall mit Gewalt dazu gebracht werden, dass sie Gefolgschaft ausüben, sondern dann machen die Leute in dem eigentlichen Sinne aus lauter falschen Gründen, mit lauter falschen Argumenten tatsächlich gerne mit in diesem Laden; und kriegen ein Leiden an ihren Politikern nicht dafür, was die für Lebensumstände für sie beschließen, sondern dafür, dass sie darin noch viel zu wenig hart, erfolgreich oder sonst irgendwas sind. Weil das kannst du auch umkehren, gerade die Bild-Zeitung als Volksblatt Nr. 1 vertritt nicht nur die eine Richtung: Der Staat verfügt über ein ziemlich blödes Volk, auf das man dauernd aufpassen muss, sondern das bedient auch die andere Richtung: Das Volk verfügt leider über lauter Politiker, die es nicht bringen. Also

Politikerschelte ist genauso ein Metier konstruktiver Kritik wie die Kritik, dass das Volk nicht gut genug mitmacht, dass das Volk Spaßgesellschaft macht statt die Terrorgefahr durch Al-Qaida ernst zu nehmen.

Publikum: Das, was bei mir so vom Gefühl her überkommt wie du das darstellst mit der konstruktiven Kritik: Als ob für alle anderen Denkungsweisen überhaupt gar kein Raum wäre, etwas anderes kann gar nicht existieren, alles ist immer nur darauf ausgerichtet, das, was Politiker so machen, zu unterstützen, und wenn irgendwer sich anders äußert, dann macht er das nur mit einem falschen Bewusstsein.

Nein, ich habe das anders gemeint. Ich wollte sagen: Erstens es lässt sich ein Konstruktionsprinzip entdecken, für die Zeitungen, über die ich geredet habe, würde ich das auch halten. Ich meine das nicht so als Allaussage, dass gesagt wird: In Deutschland ist nichts anderes erlaubt. Es gibt hier Pressefreiheit, und in der Pressefreiheit steht nicht drin: ihr müsst konstruktiv argumentieren - außer in einer negativen Form: dass dann nämlich, wenn die Grundprinzipien der Staatsräson, der Verfassung angegriffen werden, dass dann die Grenze der Pressefreiheit erreicht ist. Ansonsten darf sich jeder auf das Recht der Lizenz des freien Sich-öffentlichen-Äußerns bedienen und kann da machen, was er will. Und die Uniformität zumindest der Haupt-, der Mainstreampresse ist ja auch deswegen verwunderlich – das war auch glaube ich ein bisschen dein Problem mit der Frage: Haben die denn noch andere Gründe dafür als dass sie damit Geld verdienen wollen? - ist doch deswegen etwas verwunderlich, dass man ja tatsächlich nicht genötigt wird, und auch nicht mit Geld genötigt wird, so uniform entlang dieser Sorte Kritik und Beurteilung zu argumentieren. Das tun sie deswegen, weil sie als Nationalisten, als Patrioten, als linke wie rechte, als moderne wie konservative Patrioten argumentieren. Das ist ihre Art und Weise sich um die Bildung des Verstands zu kümmern. Niemand ist dazu genötigt, das wäre ja Zensur, Manipulation oder sonst was. Also gibt es auch jede Menge Zeitungen, die unter diesen allgemeinen zu kritisierenden Begriff nicht fallen.

Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=MeXNKc-rM4U>